

Bloss Steuergeld-Vernichtung oder wirksames Programm?

Hightech-Strategie Ausser SVP und EDU wollen alle Parteien das Programm weiterführen. Die Wirtschaft hat aber etliche Vorbehalte.

VON MATHIAS KÜNG

Die Kantonsregierung will das 2012 gestartete Programm Hightech Aargau in den Jahren 2018 bis 2022 weiterführen. Dafür beabsichtigt sie, einmalig 28,7 Millionen Franken zu beantragen. Um bei Parteien und Verbänden den Puls zu fühlen, hat sie diesen eine Anhörungsvorlage zukommen lassen (vgl. Box). Jetzt liegen die Antworten vor. Sie zeigen von links bis inklusive FDP erstaunliche Einigkeit. Die Parteien (ausser SVP und EDU) wollen das Programm wie die Regierung fortführen.

GLP: Es braucht mehr Mittel

Die GLP geht gar einen Schritt weiter. Sie schlägt für das Thema «Industrie 4.0» eine Erhöhung des Verpflichtungskredites um 1,6 Millionen Franken. Auch die SP findet, 28,7 Millionen Franken seien eigentlich eher zu wenig. Doch sie bringt kritische Anmerkungen vor. So wünscht sie sich bei der Analyse der bisherigen Tätigkeiten noch vertiefere Aussagen über die regionale Verteilung der Aktivitäten: In welchen Regionen haben Unternehmen von den Angeboten profitiert respektive gibt es augenfällige regionale Unterschiede? Für eine Fortführung ist auch der Aargauische Gewerkschaftsbund (AGB). Ihm fehlt aber noch eine Hightech-Strategie für die Arbeitnehmenden.

Die EVP betrachtet die Messbarkeit von Hightech Aargau kritisch. Die

Chancen seien aber gross, eine Beendigung wäre aus ihrer Sicht fahrlässig. Voll hinter dem Kanton steht in dieser Sache auch die CVP: Um den Innovationsstandort Aargau zu stärken, brauche es eine kantonale Strategie. Man unterstütze die Massnahmen der Regierung mit Hightech Zentrum Aargau, Park InnovAARE und PSI.

Die FDP schliesslich gewichtet den volkswirtschaftlichen Nutzen von Hightech Aargau höher als ordnungspolitische Bedenken. Sie lobt die Zusammenarbeit des Hightech Zentrums mit dem PSI und dem Swiss Nanoscience Institut in Basel. Zusätzliches Sparpotenzial sieht sie bei der Projektleitung Hightech Aargau in der Abteilung Aargau Services Standortförderung. Die Koordinationsstelle Arealentwicklung im Schwerpunkt Hightech-Areale habe sich aber bewährt.

Wir erwähnen diesen Detailpunkt, weil die SVP es genau umgekehrt sieht. Sie empfiehlt nämlich, sich die 1,45 Millionen Franken für diese Stelle zu sparen. Denn jegliche grossen Arealentwicklungen seien durch private Anbieter getätigt worden, die Koordinations-

stelle sei «maximal als staatliche Kontaktstelle in die Projekte integriert». Überhaupt sieht sich die SVP in ihrer anfänglichen Skepsis dem Hightech Zentrum Aargau gegenüber bestätigt. Dieses «risikobehaftete Projekt» sei «kläglich gescheitert», damit seien nur Steuergelder vernichtet worden, schreibt die SVP. Sie will das Projekt beenden. Das will auch die EDU.

Wirtschaft bremst

Mit dem Projekt nicht ganz so streng ins Gericht wie die SVP geht der Aargauische Gewerbeverband (AGV). Er (und mit ihm die **Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK**) will zwar das Geld für die Areal-Koordination ebenfalls sparen, aber dem Projekt noch eine Chance geben. Der AGV würde indessen nur 22,75 Millionen Franken sprechen. Noch etwas zurückhaltender ist die **AIHK**. Sie empfiehlt höchstens einen Kredit von 21,5 Millionen Franken. Sie würde mehrere Einzelposten reduzieren und beispielsweise den Schwerpunkt Hightech-Forschung schlicht aus dem Programm streichen. **KOMMENTAR MEINUNGSSEITE**

HIGHTECH AARGAU

Fortführung für 28,7 Millionen

Mit einer Anhörungsvorlage will die Regierung die Mittel für die Weiterführung der Strategie Hightech Aargau mit dem Hightech Zentrum Aargau für 2018-2022 bekommen. Nach ihrer Einschätzung hat das Programm schon «wesentlich dazu beigetragen, die Rahmenbedingungen für die Innovations- und Standortförderung im Aargau zu

verbessern». Um im Standortwettbewerb zu bestehen, müssten die Anstrengungen aufrechterhalten werden, so die Überzeugung der Regierung. In der schwierigen Finanzlage werde aber auf den vorgesehenen Ausbau verzichtet. Die Regierung beabsichtigt, einen Verpflichtungskredit für einen einmaligen Bruttoaufwand von 28,7 Millionen Franken zu beantragen. (MKU)